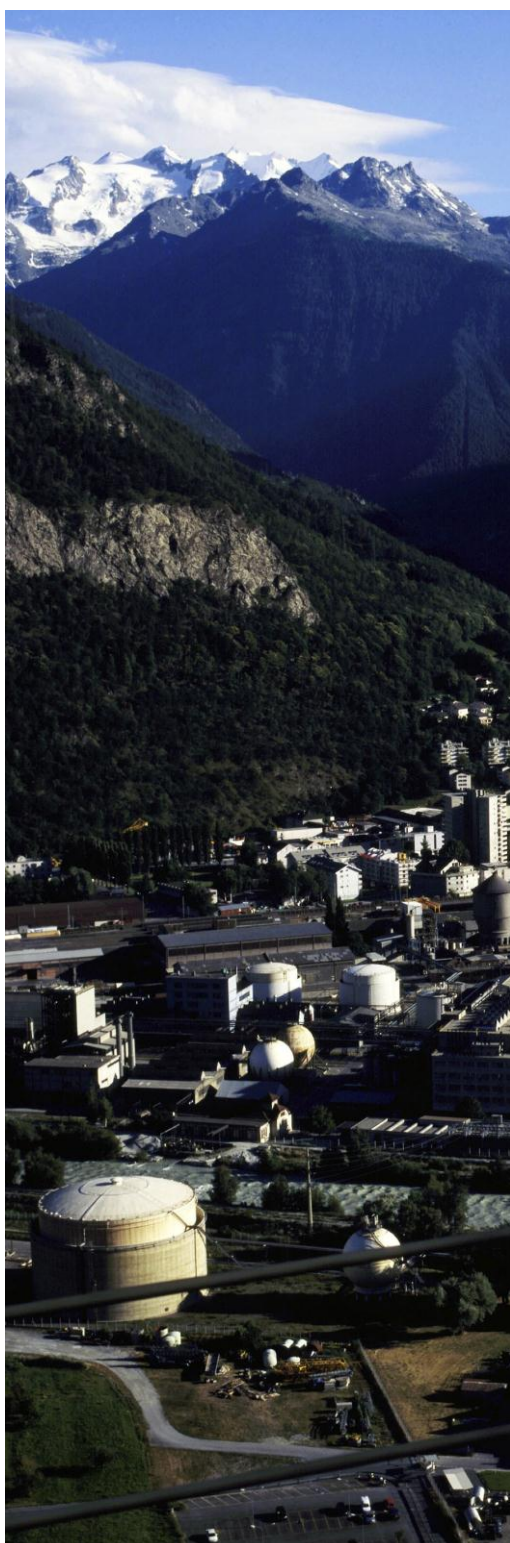


Ergebnisblatt #02

WiGe «Romandie»



Regionalpolitik vs. Agglomerationspolitik

INHALT

1.	Informationen zur Veranstaltung	2
2.	Programm und Ziele	3
	Programmpunkte	3
	Ziele der zweiten Sitzung	3
3.	FAQ: Das Wichtigste in Kürze	3
	Die Einschätzung der Teilnehmenden	3
4.	Inputreferat: Regionalpolitik vs. Agglomerationspolitik	4
	Eine Auswahl an Thesen der SAB	4
5.	Agglomerations- und Regionalpolitik: gemeinsam oder getrennt?	5
	Ausgangslage im Handlungsfeld Agglomerations- und Regionalpolitik	6
	Potenziale einer verstärkten Zusammenarbeit	6
	Handlungsbedarf	7
	Aufgaben der Region / des Regionalmanagements	7
	Beispiel guter Zusammenarbeit	8
	Schlussfolgerungen	8
6.	Besondere Hinweise	8
	Brainstorming weitere Themen der Wissensgemeinschaft «Romandie»	8
7.	Literaturtipps	9
8.	REFERENZEN	9

Ergebnisblatt

Dieses Ergebnisblatt hat den Stellenwert eines aufgearbeiteten und bearbeiteten Protokolls. Es soll den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Wissensgemeinschaft helfen, wichtige Ideen, Gedanken, und Arbeitsschritte festzuhalten, ist aber klar als **Teil eines noch nicht abgeschlossenen Arbeitsprozesses** zu verstehen. Alle Seiten werden deshalb mit einem «work in progress»-Stempel gekennzeichnet.

Das Ergebnisblatt ist **primär ein Dokument für die Mitglieder der Wissensgemeinschaft**, das ihre Arbeit dokumentiert. Im Weiteren richtet es sich **auch an alle Akteurinnen und Akteure im Regionalentwicklungsbereich**, die Interesse an den im Ergebnisblatt behandelten Themen haben.

1. INFORMATIONEN ZUR VERANSTALTUNG

Wissensgemeinschaft (WiGe) «Romandie»

Typ der Veranstaltung

Wissensgemeinschaft, 2. Sitzung

Ort und Datum

Hôtel Alpes et Lac, Neuchâtel, 7. September 2011

Kontakt

Johannes Heeb (johannes.heeb@regiosuisse.ch)

Moderation und Protokoll

Katharina Conradin (Moderation)

François Parvex (Moderation)

Tandiwe Erlmann (Protokoll)

Teilnehmende

Pascale Anton, Promotion économique du canton de Fribourg

Sophie-Hélène Bataïni, Service de l'économie, canton de Neuchâtel

Louis-Marie Boulianne, EPFL ENAC INTER CEAT

Jean-Marc Buchillier, Association pour le développement du Nord Vaudois

Francis Daetwyler, Association Centre Jura

Thomas Egger, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)

Sylvie Fasel Berger, Secrétariat CGSO

Alain Flückiger Association de la Région Gros-de-Vaud

Daniel Grassi-Pirrone, Association Réseau Urbain Neuchâtelois

Sandrine Lo Ricco Apothéloz, arcjurassien.ch

Alain Lunghi, Coordinateur NPR Fribourg

Mark Reinhard, SECO, Secteur Politique régionale et d'organisation du territoire

Michel Rey, ancien secrétaire général de la CEAT

Laurent Thévoz, EPFL ENAC INTER CEAT

Download des Dokuments

www.regiosuisse.ch/download

Sprachen

Die Ergebnisblätter der regiosuisse-Wissensgemeinschaften erscheinen auf Deutsch und Französisch.

Titelbild

Visp im Rhonetal. Foto regiosuisse.



Teilnehmende der Wissensgemeinschaft «Romandie» am 7. September 2011 in Neuchâtel.



2. PROGRAMM UND ZIELE

Programmpunkte

- **Begrüssung und Präsentation von Arbeitsmethodik und Arbeitsform:** regiouisse-Wissensgemeinschaften bieten die Möglichkeit, praxisnahes und konkretes Wissen, Erfahrungen und Strategien zur Regionalentwicklung und zur Neuen Regionalpolitik (NRP) auszutauschen und aufzuarbeiten.
- **Arbeitsblock 1:** Regionalpolitik vs. Agglomerationspolitik, Inputreferat durch Thomas Egger, Direktor Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und anschliessende Diskussion in Kleingruppen
- **Arbeitsblock 2:** Fortsetzung der Diskussion vom Morgen zur Zusammenarbeit zwischen Regional- und Agglomerationspolitik
- **«Praxisfenster»:** Offener Austausch von Inputs und Fragen sowie Brainstorming zu weiteren Themen und zur Zukunft der Wissensgemeinschaft «Romandie»

Ziele der zweiten Sitzung

- Einen Überblick erarbeiten über den Handlungsbedarf und die Potenziale einer verstärkten Zusammenarbeit im Handlungsfeld Regionalpolitik und Agglomerationspolitik
- Aufzeigen, wo beim Regionalmanagement angesetzt werden kann, um angesichts des identifizierten Handlungsbedarfs zu agieren
- Austauschen von Fallbeispielen und Erfolgsfaktoren für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Regional- und Agglomerationspolitik
- Konsens finden über die Zukunft der WiGe «Romandie» und die weiteren zu behandelnden Themen

3. FAQ: DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die Einschätzung der Teilnehmenden

Wieso lohnt sich die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Regionen und Agglomerationen?

- Agglomerationen und Regionen sind als funktionale Räume zu verstehen, die sich dank ihrer polyfunktionellen Ausrichtungen gegenseitig ergänzen. Durch gemeinsame Planung lassen sich funktionelle Potenziale in beiden Räumen optimal aufeinander abstimmen. Eine bessere Ausnutzung des regionalen Potenzials führt letztlich zur Stärkung der gesamten Region im Standortwettbewerb.
- Die gemeinsame Planung ermöglicht es, Herausforderungen gemeinsam mit grösseren personellen, politischen und finanziellen Kapazitäten anzugehen.

Wie kann dabei mit Zielkonflikten umgegangen werden?

- Agglomerations- und Regionalpolitik verfolgen konträre Ziele. Der Bund versucht, diesen Zielkonflikt zu entschärfen, indem er mit der NRP den Akzent auf die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums setzt, um die dezentrale Besiedlung der Schweiz zu erhalten.
- Um Regional- und Agglomerationspolitik zu koordinieren, sind Ziele und strategische Leitlinien festzulegen, die Orientierung bieten. Hier sind Reformen nötig. Das «Raumkonzept Schweiz» ist ein erstes politisches Signal in diese Richtung und zeigt neue Wege in der Raumplanung auf.

Wo besteht der dringendste Handlungsbedarf?

- Grundsätzlich gilt: Die Interdependenzen zwischen Stadt und Land sind zu identifizieren und anzuerkennen, gemeinsame Ziele zu klären. Dies ist Voraussetzung für ein gemeinsames Systemverständnis, auf das sich die Sektoralpolitiken sowie die Agglomerations- und Regionalpolitik ausrichten können.
- Bund und Kantone müssen die Zusammenarbeit aktiv fördern, indem sie vorhandene Instrumente auf das Zusammenspiel von Stadt und Land ausrichten und für die kommunale Ebene zugänglich machen. Dazu müssen ländliche Gemeinden und Agglomerationen klare Aussichten auf Vorteile durch die Kooperation haben (z.B. finanzielle Anreize, inhaltliche Begleitung oder Prozessbegleitung etc.).

Welche Aufgaben kann die Region / das Regionalmanagement dabei übernehmen?

- Die Region / das Regionalmanagement initiiert die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Agglomerationen und baut, wo nötig, seine Kompetenzen im Bereich Raumplanung aus.



Was zeichnet gute Beispiele der Zusammenarbeit aus?

- Es handelt sich oft um Projekte, die dem Entstehungsprozess sowie der Einbindung der Akteurinnen und Akteure die nötige Zeit einräumen und sich durch Verankerung in übergeordnete Entwicklungsstrategien auszeichnen.

4. INPUTREFERAT: REGIONALPOLITIK VS. AGGLOMERATIONS- POLITIK

Eine Auswahl an Thesen der SAB

Thomas Egger, Direktor SAB

Der geografische Kontext

Zwischen Agglomerationen und ländlichen Regionen besteht eine starke Verbindung. Viele Agglomerationen stellen die funktionalen Zentren der heutigen Regionen dar und erstrecken sich bis weit in den ländlichen Raum. Sie greifen also auch geografisch stark ineinander.

Während sich die NRP gegenüber der Kooperation zwischen Stadt und Land im Vergleich zur IHG geöffnet hat, wird das Thema des ländlichen Raums in der Agglomerationspolitik weitgehend aussen vor gelassen. Die NRP misst den Agglomerationen als Motoren der Entwicklung des ländlichen Raums eine zentrale Bedeutung bei. Die Agglomerationspolitik des Bundes dagegen behandelt den ländlichen Raum nur peripher.

Thesen SAB: Agglomerationen und ländliche Gebiete sind stark miteinander verbunden und können Symbiosen bilden. Es ist gerade die daraus entstehende Diversität, welche die Attraktivität der Schweiz ausmacht.

Politik auf Bundesebene

Agglomerations- und Regionalpolitik werden auf Bundesebene weitgehend separat betrachtet. Die Agglomerationspolitik zielt auf eine Koordination der einzelnen Sektoralpolitiken (v.a. Raumplanung und Verkehrsentwicklung) und somit auf eine integrale Politik für den städtischen Raum. Mit der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK), in der Bund, Kantone, Städte und Gemeinden vertreten sind, wird auch die vertikale Integration in der Agglomerationspolitik sichergestellt.

Mit der NRP hat der Bund den Fokus in der Regionalpolitik auf Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Exportfähigkeit der ländlichen Regionen und Bergregionen gelegt. Obwohl die Koordination der NRP mit Sektoralpolitiken laut Ausrichtung 2 der NRP in der Verantwortung des Bundes liegt, kann bei der Regionalpolitik nur von einer einseitigen Politik im ländlichen Raum gesprochen werden. Auch ein Organ für die vertikale Integration wie die TAK fehlt im ländlichen Raum.

Thesen SAB: Städte und Regionen müssen sich auf Augenhöhe begegnen können, was in der derzeitigen Situation kaum möglich ist. Hierfür muss für den (und mit dem) ländlichen Raum eine integrale Politik ausgearbeitet werden. Weiter ist die TAK auf ländliche Regionen auszuweiten, um der Koordination zwischen Stadt und Land eine Plattform zu bieten.

Gründe für das Scheitern der Koordination auf Bundesebene

- Die zwei Politiken haben verschiedene Ziele und somit einen anderen Fokus.
- Trotz verschiedener Finanzierungsquellen wird um die gleichen Ressourcen gebuhlt.
- Ein eigentlicher Dialog zwischen den Politiken findet nicht statt, da keine Institutionalisierung in Form von geteilten administrativen Einheiten oder Plattformen vorhanden ist.
- Die Interessen von Kantonen und Gemeinden gehen zum Teil weit auseinander.
- Verfestigte und zum Teil veraltete Bilder der Agglomerationen als Motoren der Entwicklung und der ländlichen Regionen als industrielle Brache oder Erholungsraum bestehen in den Köpfen und werden in die Politik übersetzt.

These SAB: Damit eine Zusammenarbeit funktionieren und Konsens über konkrete Fragen gefunden werden kann, bedarf es eines institutionalisierten Dialogs.

Beispiele der Zusammenarbeit aus den Regionen

- **Region Oberwallis:** Das seit 2005 bestehende Agglomerationsprogramm Brig-Visp-Naters koordiniert die drei Ballungszentren und wird seit 2009 vom Regionalmanagement Oberwallis betreut. Das gemeinsame Sekretariat stellt einen guten Ansatz dar, um die Kommunikation zwischen Stadt und Land



sicherzustellen und deren Programme aufeinander abzustimmen. In der Umsetzung bestehen jedoch Schwierigkeiten, da sich die Bergregionen nicht genügend von den Agglomerationen berücksichtigt fühlen und die Kooperation in Frage stellen.

- **Regionalkonferenzen Bern:** Die mit der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) ins Leben gerufenen Regionalkonferenzen bewerkstelligen die regionale Zusammenarbeit. Die demokratisch legitimierten Gremien entscheiden über Fragen, die mehrere Gemeinden in einem funktionalen Raum betreffen. Bern-Mittelland und Oberland-Ost haben es verstanden, mit einem mehrjährigen partizipativen Prozess der Regionalkonferenz zum Erfolg zu verhelfen. In Thun-Oberland West wurde sie bereits beim Urnengang v.a. von den ländlichen Gemeinden abgelehnt, dies aus Angst, von den Städten dominiert zu werden.
- **Réseau Urbain Neuchâtelois (RUN):** Das städtische Netzwerk von Neuenburg legt seinen Fokus auf die Vernetzung der Agglomerationen und den Zusammenschluss von Stadt und Land. Dieser neuartige politische Ansatz soll die Kohärenz zwischen den diversen Interessen, Erwartungen und Gesetzen des Kantons Neuenburg und der angrenzenden Regionen sicherstellen.

Siehe dazu www.rw-oberwallis.ch, www.bernmittelland.ch, www.oberland-ost.ch und www.lerun.ch.

Schwierigkeiten und Erfolgsfaktoren bei der Abstimmung von Agglomerations- und Regionalpolitik

SCHWIERIGKEITEN	ERFOLGSFAKTOREN
<ul style="list-style-type: none"> • Mangel einer gemeinsamen Identität • Unterschiedliche Probleme • Gemeindeautonomie • Angst vor städtischer Dominanz • Mangelnde Kommunikation von Chancen • Verschiedene politische Ansätze 	<ul style="list-style-type: none"> • Verflechtung von Stadt und Land • Integrale Raumplanung • Gemeindeübergreifender Ansatz • Vorbehalte durch angemessene Steuerung respektieren • Potenzial aller Regionen entwickeln • Erfahrungen aus IHG-Zeiten zu Rate ziehen • Partizipative Ansätze wählen • Konkrete und sichtbare Massnahmen umsetzen

Schlussfolgerungen der SAB

Agglomerationen, ländliche Gebiete und Berggebiete greifen funktionell wie geografisch stark ineinander. Auf diesem Zusammenspiel der städtischen und ländlichen Gebiete, die sich mit ihren Leistungen aus verschiedenen Schwerpunktsektoren ergänzen (Dienstleistungen vs. Industrie resp. Land- und Forstwirtschaft), gründet mitunter auch die Attraktivität des Standorts Schweiz im internationalen Wettbewerb. Daher gilt es, die städtischen und ländlichen Gebiete auch raumplanerisch integrativ zu betrachten und die entsprechenden Politiken aufeinander abzustimmen.

Auf Bundesebene geschieht dies jedoch häufig auf einer sehr abstrakten Ebene, die vor konkreten Fragen und Problemstellungen haltmacht. Auch in der konkreten Umsetzung, die sich auf kantonaler, regionaler oder Gemeindeebene abspielt, fehlt es oft an Willen und Mitteln, die entsprechenden Programme oder Projekte zu koordinieren. Um eine Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land sowie eine integrale Planung zu ermöglichen, müssen diese Blockaden überwunden werden. Hierzu ist der Dialog durch Institutionalisierung und Förderung auf allen Ebenen zu stärken. Es sind Ansätze zu wählen, die administrative Grenzen, zugunsten von funktionalen Räumen, übergreifen.

5. AGGLOMERATIONS- UND REGIONALPOLITIK: GEMEINSAM ODER GETRENNT?

Ergebnisse aus der Diskussion

Im Rahmen der Diskussion zum Thema Regionalpolitik vs. Agglomerationspolitik haben die Teilnehmenden verschiedene Aspekte intensiv diskutiert. Die wichtigsten Ideen und Gedanken sind nachfolgend zusammengefasst. Die in der Diskussion erwähnte Literatur ist unter «8. Referenzen» detailliert aufgeführt.

Ausgangslage im Handlungsfeld Agglomerations- und Regionalpolitik

Trotz enger Verflechtungen sehen sich Agglomerationen und ländliche Räume mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Sie legen dementsprechend unterschiedliche Schwerpunkte in der Ausformulierung ihrer Strategien:

- Ländliche Gemeinden verfolgen vielfach Wachstumsstrategien und erhoffen sich mit der gezielten Ansiedlung von Einwohnern höhere Steuereinnahmen.
- Die Agglomerationspolitik fokussiert hingegen auf raumplanerische Aspekte wie haushälterische Bodennutzung und Verdichtung der Besiedlung.

Agglomerations- und Regionalpolitik verfolgen somit konträre Ziele. Der Bund versucht, diesen Zielkonflikt zu entschärfen, indem er mit der NRP den Akzent auf die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums setzt, um die dezentrale Besiedlung der Schweiz zu erhalten.

Was die Steuerung der Entwicklungen angeht, gehen die Ansichten der Teilnehmenden auseinander. Auf welcher territorialen Ebene muss angesetzt werden, um Entwicklungsprozesse zu steuern? Soll der Bund durch einheitliche Gesetze die Planung bis auf Gemeindeebene regeln? Oder hat die Steuerung subsidiär zu erfolgen, also durch die kleinstmögliche territoriale Ebene, die vom konkreten Problem betroffen ist und Massnahmen umsetzt? Diese Fragen gilt es durch gesellschaftliche Aushandlung zu klären. So wird entschieden, ob mit einem Top-down-Ansatz eine einheitliche Entwicklung sichergestellt, mit einem Bottom-up-Ansatz die Autonomie und Einbindung der betroffenen Akteurinnen und Akteure gewahrt oder eine Kombination der beiden Ansätze gewählt wird.

Grundsätzlich scheinen die Akteure stark von politischen Dringlichkeiten getrieben zu sein, so dass alte Visionen haften bleiben und Entwicklungen in vorge-spurten Bahnen verlaufen.

Laut Teilnehmenden sind allgemein Reformen nötig, um Ziele und strategische Leitlinien festzulegen, die bei der Koordination der beiden Politiken Orientierung bieten. Das «Raumkonzept Schweiz» ist ein erstes politisches Signal in diese Richtung und zeigt neue Wege in der Raumplanung auf.

Potenziale einer verstärkten Zusammenarbeit

Das Verhältnis zwischen Regionen und Agglomerationen ist nicht zuletzt aufgrund der verschiedenen Zielrichtungen von Konkurrenz um Entwicklungsmöglichkeiten geprägt. Trotz dieser Differenzen besteht eine enge Verflechtung zwischen Stadt und Land, so dass Kooperationen von Vorteil für beide Seiten sein können.

- **Ausnützung des regionalen Potenzials:** Agglomerationen und ländliche Räume sind als funktionale Räume zu verstehen, die sich dank ihrer polyfunktionalen Ausrichtungen gegenseitig ergänzen (BERZ HAFNER ET AL. 2009). Durch gemeinsame Planung lassen sich funktionelle Potenziale in beiden Räumen optimal aufeinander abstimmen. Eine bessere Ausnützung des regionalen Potenzials führt letztlich zur Stärkung der gesamten Region im Standortwettbewerb.
- **Koordination von Investitionen:** Die gemeinsame Planung ermöglicht den effizienten Einsatz der vorhandenen Mittel. So können beispielsweise bei Infrastrukturvorhaben Synergien genutzt werden, indem gemeinsame Anlagen für die Agglomeration und den ländlichen Raum gebaut werden: Bau- und Unterhaltskosten sinken für alle Beteiligten dank optimierter Auslastung.
- **Kohärente Entwicklung:** Kooperation zwischen Stadt und Land ist Voraussetzung für eine kohärente Entwicklung von funktionalen Räumen – v.a. in der Siedlungs- und Verkehrspolitik. Durch die Arbeit auf Ebene der Regionen reduzieren sich für Bund und Kanton die Anzahl Ansprechpartner. Eine Anpassung an übergeordnete Raumentwicklungsstrategien des Raums Schweiz, wie diese im «Raumkonzept Schweiz» vorgeschlagen werden, kann stattfinden.
- **Verstärkte Funktionsfähigkeit:** Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen und innerhalb städtischer und ländlicher Räume birgt insbesondere für die von Abwanderung geprägten ländlichen Gemeinden Potenziale. Einzelne Gemeinden sehen sich zusehends ausserstande, die immer komplexer werdenden Aufgaben zu bewältigen. Ein Zusammenschluss befähigt sie, Herausforderungen anzugehen, die vermehrt übergeordnet betrachtet werden müssen.
- **Höhere Verhandlungskapazität:** Zusammenschlüsse aus Agglomerationen und ländlichen Gemeinden erreichen ein höheres politisches Gewicht gegenüber Kantonen und Bund, so dass sie sich stärker innerhalb funktionaler Räume positionieren können. Auch Bund und Kantone profitieren, wenn sie einem



Ansprechpartner auf Augenhöhe begegnen.

Handlungsbedarf

- **Interdependenzen anerkennen:** Die Identifizierung und Anerkennung von Interdependenzen zwischen Stadt und Land müssen zu einem gemeinsamen Systemverständnis führen und die Sektoralpolitiken sowie die Agglomerations- und Regionalpolitik darauf ausgerichtet sein. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Inwertsetzung der Leistungen des ländlichen Raums, beispielsweise im Bereich Erholung und Ernährungssicherheit.
- **Ausgleichsinstrument:** Um das Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Räumen abzubauen, bedarf es eines Ausgleichsinstruments, wie es mit dem NFA zwischen Kantonen vorgesehen ist (EFD 2007). Da Stadt und Land oftmals innerhalb funktionaler Räume miteinander agieren, die selten mit administrativen Grenzen übereinstimmen, ist ein grenzübergreifender Ausgleich wichtig.
- **Klärung der gemeinsamen Ziele:** Wie Agglomerations- und Regionalpolitik als Ergänzung zu verstehen sind und was dies konkret für deren Umsetzung bedeutet, ist nicht explizit geklärt. Um eine kohärente Entwicklung sicherzustellen, besteht dringend Klärungsbedarf hinsichtlich der Rolle und Ausrichtung im Stadt-Land-Gefüge. Das «Raumkonzept Schweiz» dient als Bezugspunkt, wie eine Abstimmung von raumrelevanten Politiken aussehen kann. Dabei gilt es, die im Raumkonzept ausformulierten Ziele und Strategien noch auf den verschiedenen territorialen Ebenen zu konkretisieren (RAUMKONZEPT 2011).
- **Integrale Politik des ländlichen Raums:** Obwohl sich die NRP mit der Ausrichtung 2 zum Ziel gesetzt hat, auf Bundesebene verschiedene Sektoralpolitiken zu koordinieren, sind konkrete Erfolge dieser flankierenden Massnahme bisher nicht erkennbar. Eine Ausweitung der Regionalpolitik ist notwendig, um den vielfältigen Herausforderungen des ländlichen Raums gerecht zu werden und eine Abstimmung mit der Agglomerationspolitik auf Augenhöhe zu ermöglichen. In der Agglomerationspolitik existiert mit der TAK ein wichtiges Koordinationsinstrument. Diese Art des institutionalisierten Dialogs ist auch in der Regionalpolitik notwendig.
- **Regionale Integration:** Es ist zu prüfen, ob eine verstärkte Integration innerhalb von ländlichen Räumen im Zuge einer Stadt-Land-Zusammenarbeit nötig ist. Wie die Strukturen angepasst werden – d.h., ob die Fusion einzelner ländlicher Gemeinden oder nur eine enge Zusammenarbeit angestrebt wird – hängt u.a. von der Funktionsfähigkeit der ländlichen Gemeinden und ihrem politischen Willen zur Zusammenarbeit ab.
- **Förderung der Zusammenarbeit:** Bund und Kantone müssen die regionale Integration aktiv durch institutionalisierte Prozesse fördern. Vorhandene Instrumente sind auf das Zusammenspiel von Stadt und Land auszurichten und müssen für die kommunale Ebene zugänglich sein. Dazu müssen ländliche Gemeinden und Agglomerationen klare Aussichten auf Vorteile durch die Kooperation haben. Dies kann durch finanzielle Anreize, inhaltliche Begleitung und Prozessbegleitung oder gesetzliche Verankerung geschehen (Bsp. für gesetzliche Verankerung: Kt. VS: Gesetz zur Regionalpolitik) (BERZ HAFNER ET AL. 2009). Auch eine Ausweitung der bestehenden TAK auf die Regionalpolitik wäre denkbar. Dieses Organ, also die Tripartite Konferenz, würde beide Politiken koordinieren und den Austausch der Territorialebenen sichern.
- **Legitimierung regionaler Gremien:** Regionale Akteurinnen und Akteure sind als Hauptakteure der Entwicklung von funktionalen Räumen anzuerkennen. Die Region bedarf der nötigen Legitimation, um strategische Entscheide wie beispielsweise die regionale Richtplanung vornehmen zu können. Die Regionalkonferenzen Bern bieten ein geeignetes Beispiel eines demokratisch legitimierten Gremiums auf regionaler Ebene, wobei eine verbindliche Beschlussfassung nicht zwingend notwendig ist (BERZ HAFNER ET AL. 2009). Weiter sind die Regionen als wichtige planerische Einheiten von Bund und Kantonen wahr- und ernstzunehmen. Die Neuordnung der regionalen Strukturen im Kanton Wallis stellt einen guten Ansatz dar.

Aufgaben der Region / des Regionalmanagements

- **Initiative ergreifen:** Da ländliche Regionen den Agglomerationen grössere Bedeutung (als wirtschaftlicher Motor) beimessen als umgekehrt, ist es Aufgabe der Regionalmanagements, die verstärkte Zusammenarbeit zu initiieren.
- **Kompetenzen ausbauen:** Aufgrund der Hauptausrichtung der NRP sind insbesondere Kompetenzen im Bereich Standort- und Wirtschaftsförderung ge-



fragt. Falls noch nicht vorhanden, sollten zudem Kompetenzen in den Bereichen Siedlungs- und Verkehrsplanung sowie in anderen raumrelevanten Sektorpolitiken entwickelt werden. Sie bilden eine wichtige Voraussetzung, um eine integrale Regionalpolitik und verstärkte Kooperationen angehen zu können.

- **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken:** Die Zusammenarbeit von Agglomerations- und Regionalpolitik in funktionalen Räumen bezieht sich oft auf die überregionale Ebene. Entsprechend sollten vermehrt Projekte angegangen werden, die administrative Grenzen überschreiten.
- **Benchmarking Kantonspraktiken aufstellen:** Die Kantone Bern, Neuenburg, Wallis und Waadt haben eine Vorreiterrolle übernommen, was erfolgreiche Modelle zur Zusammenarbeit zwischen Agglomerationen und ländlichen Räumen betrifft. In einem schweizweiten Benchmarking könnten diese Good-Practice-Beispiele als Referenzpunkt für andere Kantone dienen.
- **Planungsphasen aufeinander abstimmen:** Planungsphasen innerhalb von funktionalen Räumen sollten aufeinander abgestimmt werden. Gemeinsam mit den Kantonen kann das Regionalmanagement darauf hinarbeiten.

Beispiel guter Zusammenarbeit

- **Agglo Sierre / Crans-Montana:** Die «Agglo Sierre / Crans Montana» ist eine Institution, gegründet auf Selbstinitiative der 18 Mitgliedergemeinden und entstanden mit Hilfe des Agglomerationsprogramms des Bundes. Sie bildet eine gute Voraussetzung für die Zusammenarbeit zwischen Agglomerationen und ländlichen Gemeinden. Die erst 2007 gegründete Plattform setzt sich mit jenen Herausforderungen auseinander, die auf kommunaler Ebene aufgrund funktionaler Verflechtungen nicht zu lösen wären. Die kürzlich erfolgte Neuordnung der regionalen Strukturen im Kanton Wallis in funktionale Stadt-Land-übergreifende Räume bekräftigt diese Art der Zusammenarbeit. Mit dem Nicht-Beitritt der Gemeinde Anniviers zeigt aber auch dieses Beispiel, dass ein guter Ansatz nicht vor Differenzen über konkrete Entwicklungsmöglichkeiten gefeit ist.

| Siehe dazu: www.agglosierre-cransmontana.ch

Schlussfolgerungen

Eine kohärente Entwicklung der Regionen bedarf der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Regional- und Agglomerationspolitik. Hierfür sind eine übergeordnete Sichtweise, gemeinsame Visionen sowie eine Kultur des Dialogs, in der eine Öffnung gegenüber den Interessen aller involvierten Akteurinnen und Akteure stattfindet, unabdinglich.

Die Zusammenarbeit muss soweit institutionalisiert werden, dass Regional- und Agglomerationspolitik auf allen nötigen territorialen Ebenen koordiniert werden können. Hier sollten Bund und Kanton gemeinsam Verantwortung übernehmen. Vorhandene Instrumente müssen der Verflechtung von städtischem und ländlichem Raum Rechnung tragen und es gilt, den Akteurinnen und Akteuren zu zeigen, wie sie von diesen Instrumenten profitieren können.

Als zentrales Organ für die zu bewerkstellende Koordination zwischen den Politiken und den verschiedenen territorialen Ebenen ist eine Tripartite Konferenz denkbar, in der Bund, Kantone und gemeinsam auftretende ländliche Gemeinden und Agglomerationen vertreten sind. Es ist wichtig, dass der Dialog unter Einbezug aller involvierten Akteurinnen und Akteure stattfindet, wobei ländliche Bedürfnisse besonders berücksichtigt werden sollten.

6. BESONDERE HINWEISE

Brainstorming weitere Themen der Wissensgemeinschaft «Romandie»

Im Rahmen des Praxisfensters haben die Teilnehmenden entschieden, dass grundsätzlich ein Bedarf an Austausch besteht und dass die WiGe «Romandie» weitergeführt werden soll. Mögliche Themen für weitere Sitzungen sind:

1. **Industrielle Ökologie:** Standortwahl, Aspekte der Energieversorgung, Vorteile für die Regionalentwicklung
2. **Agglomerations- und Regionalpolitik:** Good-Practice-Beispiele aus den Kantonen mit Modellcharakter, vertikale und horizontale Kooperation
3. **Koordination der Sektorpolitiken:** Finanzierungsmittel des Bundes, Vereinfachungspotenzial für Kantone, Art und Instrumente der Koordination, Weiterbildung
4. **Nahrungsmittelsektor:** Potenziale in den Regionen, Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen der NRP



7. LITERATURTIPPS

- BERZ HAFNER + PARTNER AG & CEAT (2009): Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums. Bern: Tripartite Agglomerationskonferenz TAK. Download unter: www.tak-cta.ch/stadt-land-beziehungen/themen/stadt-land-beziehungen/menu-id-73.html

Der Bericht zeigt Beziehungen zwischen den Politikbereichen Agglomerationen und ländlicher Raum auf und beleuchtet anhand von vier Fallbeispielen Ansätze und Hindernisse, wie diese aufeinander abgestimmt werden können, um eine ausgeglichene Entwicklung des städtischen und ländlichen Raums sicherzustellen. Der Bericht bietet einen übersichtlichen Einstieg in die Thematik und nimmt sich exemplarisch den damit verbundenen Problemstellungen an, um daraus in einer Synthese Lösungsansätze und Empfehlungen abzuleiten.

- RAUMKONZEPT SCHWEIZ (2011): Entwurf für die tripartite Konsultation. Bern: UVEK, Bundeshaus Nord, ARE, KdK, BPUK, SSV, SGV. Download unter: www.are.admin.ch/themen/raumplanung/00228/00274/index.html?lang=de

Das «Raumkonzept Schweiz» enthält Strategien zur zukünftigen räumlichen Entwicklung der Schweiz. Es bildet die politische Grundlage für eine besser koordinierte, nachhaltige Raumentwicklungspolitik. Es wurde von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam erarbeitet und soll nun vom Bundesrat verabschiedet werden, um für Behörden auf allen Stufen verbindlich zu sein.

- Website der Tripartiten Agglomerationskonferenz: www.tak-cta.ch

Die Website der Tripartiten Agglomerationskonferenz beinhaltet weitere interessante Dokumente zum Thema Agglomerationen und Raumplanung, auch im kantonsübergreifenden Bereich.

8. REFERENZEN

- BERZ HAFNER + PARTNER AG & CEAT (2009): Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums. Bern: Tripartite Agglomerationskonferenz TAK.
- EFD & KdK (2007): Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen – NFA. Bern: EFD & KdK.
- RAUMKONZEPT SCHWEIZ (2011): Entwurf für die tripartite Konsultation. Bern: UVEK, Bundeshaus Nord, ARE, KdK, BPUK, SSV, SGV.

